

## **Sitzung des Kreistages am 11.12.2017**

### **Bericht des Landrates an den Kreistag**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,  
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,  
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

angesichts der nunmehr bevorstehenden Sondierungs- und ggf. späteren Koalitions-  
gespräche zwischen Union und SPD ist zu erwarten, dass auch die Zukunft der Braunkohle  
in Deutschland erneut Thema der Verhandlungen sein wird. Daher habe ich mich ge-  
meinsam mit den Landräten aus dem Rhein-Erft-Kreis (Rheinisches Revier) und aus dem  
Landkreis Spree-Neiße (Lausitzer Revier) in einem Brief direkt an die Bundeskanzlerin  
gewandt. Diese beiden Landkreise und der Burgenlandkreis sind in ihrem jeweiligen Re-  
vier die Hauptbetroffenen eines möglichen Braunkohleausstiegs. Uns treibt die gemein-  
same Sorge um, welche schwerwiegenden Auswirkungen ein überstürzter Ausstieg aus  
der Braunkohleverstromung für die drei aktiven Reviere und insbesondere unsere Land-  
kreise haben kann.

Wir haben die Bundeskanzlerin in dem Schreiben aufgefordert, einen Braunkohle-Gipfel  
unter ihrer Leitung ins Bundeskanzleramt einzuberufen, auf dem die drei Reviere ihre  
Situation und ihre Vorstellungen erläutern können.

Wir haben weiterhin unsere Erwartung formuliert, ein Treffen zu einem Zeitpunkt statt-  
finden zu lassen, zu dem die Ergebnisse dieses Zusammentreffens noch Auswirkungen  
auf die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD haben können. Die Beteiligung  
der betroffenen Bundesländer wäre aus unserer Sicht ebenfalls wünschenswert.

Der Brief ist als Anlage dem Kreistagsbericht beigefügt.

#### **Personal- und Organisationsveränderungen**

- **Rainer Gollmann** wird auf eigenen Wunsch von der Leitung des Integrations- und  
Ausländeramtes zum 31.12.2017 entbunden. Nach dem Abbau seiner angefallenen  
Überstunden im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und seines Urlaubs  
wird er sich in neue Aufgaben einarbeiten und dann Frau Ißleb, die im Herbst  
2018 in den Ruhestand geht, in der Leitung des Straßenverkehrsamtes nachfol-  
gen. Herr Gollmann bleibt stellvertretender Dezernatsleiter des Dezernats I.
- **Thomas Postleb** wird ab 1.1.2018 neuer Leiter des Integrations- und Ausländer-  
amtes und wird ab 1.4.2018 Leiter der Migrationsagentur. Er war bisher stellver-  
tretender Betriebsleiter unseres Eigenbetriebes Jobcenter.
- **Patricia Kudwien** wird stellvertretende Leiterin unseres Eigenbetriebes Jobcen-  
ter. Sie wird als Abwesenheitsvertreterin fungieren und behält die Leitung der  
Stabsstelle Recht inne.

- Das Integrations- und Ausländeramt wird ab 01.01.2018 dem **Dezernat III** (Herr Michel) angegliedert. Das gilt auch für die künftige Migrationsagentur. Damit möchte ich Frau Dezernentin Renner etwas Entlastung verschaffen, weil das Dezernat I die Hauptlast der baulichen und digitalen Investitionen stemmen muss. Zugleich berücksichtigt die neue Zuordnung, dass die Zusammenarbeit von Jugendamt, Bildungsamt und Sozialamt mit dem Jobcenter sich in einem Sozialdezernat einfacher bewerkstelligen lässt.
- **Ursula Weise** ist seit Dezember nicht mehr im Dienst und tritt am 31.12.2017 in den Ruhestand. Juliana Beer wird einen Teil ihrer Aufgaben in der Pressestelle übernehmen. Die Pressesprecherfunktion wird Anna-Lena Dietrich wahrnehmen.
- In der Personalversammlung unseres Jobcenters wurde die Frage aufgeworfen, ob die Organisationsform des Eigenbetriebes seitens des Burgenlandkreises weiterhin aufrechterhalten wird. Ich habe dort erklärt, dass in anderen Optionskommunen auch andere Organisationsformen gewählt wurden und das Jobcenter dort vollständig in das Landratsamt eingegliedert wurde (Amt, Dezernat, Regiebetrieb). Seitens des Kreistages und des Landrates gibt es derzeit keine Bestrebungen, den Eigenbetrieb umzuwandeln. Aufgrund der hervorragenden Arbeitslosenzahlen und einer landesweit erreichten Spitzenposition beim Rückgang der Zahl von Bedarfsgemeinschaften und Arbeitslosen gilt für mich hier der Grundsatz: „Never change a winning team!“ Allerdings ist aus meiner Sicht dafür Voraussetzung, dass wir weiter daran arbeiten, Doppelstrukturen abzubauen. Das gilt für die doppelt vorgehaltenen Bereiche Personal, IT, Beschaffung. In den Feldern Arbeitssicherheit und Vollstreckung wurden die Aufgaben bereits vom Landratsamt übernommen. Durch die Arbeitsmarktprogramme des Landes, die nur über das Landratsamt abgewickelt und besetzt werden können, ergeben sich allerdings zunehmend Überschneidungen und Vermischungen von Zuständigkeiten. Wir sollten die Entwicklung weiter beobachten.

### Internationaler Tag des Ehrenamtes

Frau Weises letzte Amtshandlung war die Ausrichtung des **Ehrenamtstages**, der dieses Jahr den Volkschören, Kirchenchören und Posaunenchören gewidmet war. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch der Gambist Thomas Fritzsich aus Freyburg zum Sonderbotschafter des Burgenlandkreises ernannt.

## Amt für Brand- und Katastrophenschutz, Rettungswesen

### Stabsrahmenübung zum Stromausfall

Am 28. und 29.11. fand eine zweitägige überregionale Katastrophenschutzübung im Süden des Landes statt. Während am ersten Tag Polizei und Bundeswehr ihre Zusammenarbeit in einem Fall der Terrorabwehr im Gebiet der Stadt Halle und des Saalekreises probten, wurde die Übung am zweiten Tag auf den Burgenlandkreis ausgedehnt.

Unser Krisenstab besteht aus Mitarbeitern verschiedener Ämter, nicht nur des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz. Er ist personell stark verjüngt worden, so dass es für viele Kollegen der erste Einsatz war. Der Stab war vor die Aufgabe gestellt, einen durch einen Cyber-Angriff verursachten großflächigen Stromausfall im Kreisgebiet zu bewältigen.

Als Fachberater und Verbindungspersonen waren Mitarbeiter aus den DRK-Kreisverbänden Naumburg und Weißenfels, Vertreter des Technischen Hilfswerkes, der Polizei, des Landesverwaltungsamtes und das Kreisverbindungskommando der Bundeswehr in die Katastrophenschutzübung einbezogen. Insgesamt probten in der Leitstelle zirka 60 Personen in zwei Schichten den Ernstfall.

Zusätzlich waren noch Kollegen des Landkreises Mansfeld-Südharz im Einsatz, die als Schiedsrichter fungierten und deren Auswertung helfen wird, die Stabsarbeit noch zu verbessern.

Auch das Land wird eine Auswertung vornehmen, diese ist für März 2018 angekündigt. Unabhängig davon werten wir die Übung am 17.1.2018 hausintern aus.

### Rettungswache in Theißen

Wie aus der Presse zu entnehmen war, hat es mit der Besetzung der Außenstelle des DRK in Theißen Schwierigkeiten gegeben. Diese sind seit Anfang November behoben und der Rettungsdienst läuft. Allerdings haben die Vorfälle gezeigt, dass der Burgenlandkreis nach den gesetzlichen Möglichkeiten des Rettungsdienstgesetzes und der Verwaltungsvollstreckung konsequenter gegen schlechte Erfüllung der Aufgaben der Konzessionsnehmer vorgehen muss. Dies werden wir auch tun.

Nach meiner Rechtsauffassung genügen die im Rettungsdienstgesetz des Landes getroffenen Regelungen aus, um Zwangsmittel gegen Leistungserbringer anzuwenden, die ihren Verpflichtungen nach § 12 Absatz 3 RettDG LSA nicht nachkommen.

## Integrations- und Ausländeramt

### Jahrestagung des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) am 16./17.11.2017 in Nürnberg

Eine Tagung der deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften (IIAS) am 16./17.11.2017 in Nürnberg, die gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführt wurde, widmete sich dem Thema "Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise".

Auf Betreiben des Deutschen Landkreistages war ich gebeten worden, über das Integrationsnetzwerk des Burgenlandkreises zu berichten. Ich konnte die Gelegenheit nutzen, auch unsere künftige Migrationsagentur vorzustellen, bei der wir Verwaltungsleistungen aus Nutzersicht bündeln wollen.

Auf der Tagung haben wir Vertreter des Deutschen Landkreistages die durch eine Verordnung des Bundesinnenministeriums begründete Zuständigkeit des BAMF für die sog. Zusteuerung in die Integrationskurse vor Ort gegenüber der BAMF-Präsidentin zurückgewiesen. Es geht hier letztlich um die Frage, ob das BAMF, das offenbar Personalüberhänge befürchtet, künftig in jedem Landkreis eigene Bundesunterbehörden errichtet, um zu steuern, welcher Geflüchtete an welchem Kursangebot des BAMF teilnimmt. Abgesehen davon, dass dies verfassungsrechtlich nicht möglich ist (vgl. Art. 87 Absatz 3 Grundgesetz), ist dies auch angesichts der Vielzahl an Kursangeboten, die nicht vom BAMF kommen, rein praktisch unmöglich. Zwischenzeitlich haben sich alle kommunalen Spitzenverbände in Deutschland und der Deutsche Volkshochschulverband einheitlich gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen. Wir werden dies hier im Burgenlandkreis gar nicht erst einführen und bei der bewährten Kurssteuerung durch Volkshochschule und Jobcenter bleiben.

## Jugendamt

### Übergabe des Qualitätshandbuches am 27.11.2017

Am 18. Oktober hat dieser Kreistag die Grundsätze und Maßstäbe guter Qualität in der Kindertagesbetreuung im Burgenlandkreis beschlossen. Diese sind nunmehr für alle Kindertagesstätten im Burgenlandkreis, unabhängig von ihrer Trägerschaft, verbindlich und in dem Qualitätshandbuch festgehalten. Dieses als Ringordner angelegte Handbuch wurde am 27.11.2017 feierlich übergeben. Hierzu konnten wir nicht nur 300 Gäste, sondern vor allem auch Sozialministerin Petra Grimm-Benne begrüßen. Sie bescheinigte uns, dass wir mit dem erarbeiteten Standard Vorreiter im Land sind.

Natürlich ist der Prozess mit der Fertigstellung des Qualitätshandbuches nicht abgeschlossen.

Im ersten Schritt der Umsetzung bietet das Jugendamt im ersten Halbjahr 2018 Einführungs- und Informationsveranstaltungen an. Die ersten Termine dafür sind bereits ausgebucht.

Darüber hinaus wird 2018 der Fachberatungsbereich im Jugendamt gemäß dem Kreistagsbeschluss von August 2017 ausgebaut.

### Umsetzung der Neuregelungen Unterhaltsvorschussgesetz

In meinem Bericht zur Kreistagssitzung am 19. Juni informierte ich Sie bereits, dass seit Inkrafttreten des überarbeiteten Unterhaltsvorschussgesetzes zum 1. Juli der Unterhaltsvorschuss vom 12. bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet und die Begrenzung der Bezugsdauer von höchstens 72 Monate aufgehoben wurde.

Auf Grund dessen erhielt das Jugendamt im Zeitraum Juli bis November zusätzlich 1.479 Anträge. In der Vergangenheit waren es monatlich 40 bis 50 Neuanträge.

Bis zum 30. November konnten 46 Prozent der Anträge abgearbeitet werden. Bei einem Großteil der noch nicht abschließend bearbeiteten Anträge fehlen Unterlagen, um die Bearbeitung beenden zu können. 3 Mitarbeiterinnen wurden zur Unterstützung im Juli zusätzlich eingestellt. Ob die jetzige Personalausstattung für diesen Bereich ausreicht oder tatsächlich dauerhaft nötig ist, wird in den nächsten Monaten einer Prüfung unterzogen.

Trotz einer Änderung bei der Aufteilung der Finanzierungsanteile (von ehemals jeweils einem Drittel zwischen Bund, Land und Landkreis auf einen Anteil von 30 % für den Burgenlandkreis ab 1. Juli 2017) werden trotzdem Mehrkosten in Höhe von 220.000 bis 250.000 Euro entstehen.

### Wirtschaftsamt

#### Erstmals weniger als 7.000 Arbeitslose im Burgenlandkreis

Im Burgenlandkreis waren im November erstmals weniger als 7.000 Menschen ohne Arbeit. Mit 7,4 Prozent ist die Arbeitslosenquote weiter gefallen und liegt unter dem Landesdurchschnitt von 7,7 Prozent. Im November 2016 hatte die Quote im Burgenlandkreis noch 8,9 Prozent betragen. Im landesweiten Vergleich lässt sich feststellen, dass der Burgenlandkreis innerhalb eines Jahres prozentual gesehen den zweitgrößten Rückgang an Arbeitslosen hatte: Im Vergleich zu November 2016 ging die Arbeitslosigkeit um 17,2 Prozent zurück. Nur der Landkreis Börde lag noch vor dem Burgenlandkreis. Landesweit ging die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 11,2 Prozent zurück.

Im November 2018 waren im Burgenlandkreis 6.932 arbeitslose Männer und Frauen registriert. Mit Blick auf die Zahlen von November 2016 lässt sich ein Rückgang um 1.441 Arbeitslose feststellen. Die Ursache liegt allein im Bereich des SGB II und damit unseres Jobcenters, während die Zahl der Kurzarbeitslosen im SGB III sogar leicht anstieg. Die anteilige SGB-II-Arbeitslosenquote liegt bei aktuell 5,5 Prozent. 5.132 Personen stehen in der Betreuung des Jobcenters, das sind 1.461 weniger als im November 2016. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinkt ebenfalls weiter. Im November waren 2.561 Menschen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, 701 weniger als im Vorjahresmonat.

Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen weiter zu senken, setzen wir mit dem Jobcenter auf eine ganze Palette verschiedener Arbeitsmarktprogramme. Dazu gehören Stabilisierung

und Teilhabe am Arbeitsleben, Familien stärken – Perspektiven eröffnen, Jobperspektive 58+, STABIL und Aktive Eingliederung. 13 Millionen Euro stehen für die Jahre 2015 bis 2019 bereit, um Langzeitarbeitslose fit zu machen für den Arbeitsmarkt.

In den einzelnen Geschäftsstellenbereichen ergibt sich folgende Lage:

Im Bereich **Naumburg** ist die Arbeitslosigkeit von Oktober auf November um 32 auf 2.371 Personen gestiegen. Das waren 446 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote für **Weißenfels** betrug im November 7,1 Prozent, vor einem Jahr belief sie sich auf 8,3 Prozent. Im Geschäftsstellenbereich Weißenfels ist ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen: 2.716 Männer und Frauen waren hier arbeitslos gemeldet, die Arbeitslosenquote betrug 7,5 Prozent. Das ist eine Verringerung um 94 Personen von Oktober auf November 2017. Im Vergleich zum Vorjahr waren es 495 Arbeitslose weniger. Dieser Trend zeigt sich ebenfalls im Geschäftsstellenbereich **Zeitz**. Die Arbeitslosigkeit hat sich im Vergleich zum Vormonat um 36 auf 1.845 Personen verringert. Das sind 500 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 7,5 Prozent. Im November 2016 lag sie noch bei 9,4 Prozent.

Im Bezirk der Agentur für Arbeit Weißenfels waren im November 1.468 offene Arbeitsstellen gemeldet, gegenüber Oktober ist das ein Plus von 47. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es 154 Stellen mehr. Arbeitgeber meldeten im November 404 neue Arbeitsstellen, das waren 135 mehr als vor einem Jahr.

### Rückkehrermesse

Der Burgenlandkreis veranstaltet gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Weißenfels am 27. Dezember 2017 zwischen 10 und 14 Uhr im Turbinenhaus in Naumburg eine sogenannte Rückkehrermesse.

Die Veranstaltung soll für Unternehmen der Region werben und sie mit jungen Leuten oder Rückkehrwilligen in Kontakt bringen. Zwischen Lossa und Kayna wohnen aktuell 25.900 Arbeitnehmer, die in Jena, Halle, Leipzig und in anderen Bundesländern arbeiten. Durch den Wegzug von jungen qualifizierten Menschen hat der Burgenlandkreis in den vergangenen Jahrzehnten starke Verluste wirtschaftlicher und sozialer Art erfahren. Diesen Trend dürfen wir nicht einfach so hinnehmen. Wenn der Burgenlandkreis weiter innerhalb der Metropolregion im Standortwettbewerb bestehen will, müssen engagierte und qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden.

Die Zeichen hierfür stehen günstig. Die heimische Wirtschaft verzeichnet eine positive Entwicklung. Regionale Unternehmen halten am Wachstumskurs fest und schauen sich nach geeigneten Fachkräften um. Stefan Scholz, Chef der Weißenfelscher Agentur für Arbeit, rechnet im nächsten Jahr mit drei Prozent mehr Arbeitsverhältnissen als 2017. Dieser Zuwachs ist allein durch Vermittlung einheimischer Arbeitssuchender nicht mehr zu stemmen. Dies ergibt sich auch aus den oben bereits genannten Zahlen des Arbeitsmarktes. Für Berufspendler und Rückkehrwillige eröffnen sich damit neue Chancen für eine berufliche Zukunft in der alten Heimat.

Die Rückkehrermesse bietet eine gute Gelegenheit für alle, die beim Weihnachtsbesuch in der Heimat feststellen, dass es vielleicht schön wäre, wieder hier zu leben und die sich nach bezahlbarem Wohnraum, nach verfügbaren Kita-Plätzen und nach Kontakt zu Freunden und Verwandten sehnen. Willkommen sind aber nicht nur potenzielle Rückkehrer, sondern auch Leute, die sich einfach nur beruflich neu orientieren, oder Studenten, die sich über Karrieremöglichkeiten informieren möchten.

15 Unternehmen werden anschaulich anhand von konkreten Stellenangeboten über Berufs- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten sowie zu weiteren Unterstützungsangeboten von der Kinderbetreuung bis möglichen Wohnstandorten im Burgenlandkreis informieren.

### **Instandsetzung Eisenbahnbrücke im Chemie- und Industriepark Zeitz**

Im Mai habe ich an dieser Stelle über die Instandsetzung der Eisenbahnbrücke im Chemie- und Industriepark Zeitz berichtet. Durch das Hochwasser im Frühjahr 2013 wurden zwei Pfeiler der Flutbrücke so stark beschädigt, dass die Strecke Zeitz-Tröglitz, die von der Bayerische Regionaleisenbahn (BRE) bedient wird, nicht mehr befahren werden kann.

Die Bahnstrecke Zeitz-Tröglitz wird hier unter anderem von der Radici Chimica Deutschland GmbH genutzt. Für das Unternehmen stellt die logistisch aufwändigeren Ausweichstrecke über Meuselwitz, die aufgrund der ausstehenden Reparatur gewählt werden muss, momentan als echter Standortnachteil dar. Ihr entstehen jährliche Mehrkosten in Höhe von 250.000 Euro, die gegenüber weltweiten Mitbewerbern ein echter Wettbewerbsnachteil sind.

Für den Wiederaufbau der Eisenbahnbrücke Zeitz-Tröglitz wurden der BRE durch die Investitionsbank des Landes ein Zuschuss in Höhe von zirka 1.500.000 Euro bewilligt. Der Baubeginn war ursprünglich für September 2017 avisiert.

Das gelang zwar nicht, aber nun ist der Antrag der BRE für das Planverzichtsverfahren dem Landesverwaltungsamt mit den hierfür erforderlichen Unterlagen am 09.11.2017 übergeben worden. Das Verfahren soll nach Auskunft des Landesverwaltungsamtes bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Damit könnten die Bauarbeiten im Jahr 2018 durchgeführt werden.

### **Erster Nahverkehrsbeirat des Burgenlandkreises**

Am 5. Dezember 2017 fand der erste Nahverkehrsbeirat zur Unterstützung der Nahverkehrsplanung des Burgenlandkreises statt. Diese Verkehrsplanung und die Einsetzung eines Beirates sind durch das ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt vorgegeben. Im Beirat vertreten sind neben den Verkehrsunternehmen und deren Fachverbänden die kreisangehörigen Gemeinden und die wichtigsten Fahrgastgruppen im ÖPNV, ebenfalls durch ihre Verbände und Beiräte (Kreisschülerrat, Kreiselternrat, Behinderten- und Inklusionsbeirat, Seniorenbeirat u.a.) sowie die Fachgewerkschaft verdi vertreten.

Erstmals getestet wurde eine unmittelbare Bürgerbeteiligung. Zufällig ausgewählte Einwohner im Alter von 18 bis 70 Jahren wurden befragt, ob sie für eine Mitarbeit im Beirat Interesse zeigen. Aus 12 positiven Rückmeldungen wurden schließlich 8 interessierte Personen ausgewählt und eingeladen, wovon 6 zum Beirat erschienen.

Diese Einwohner zeigten sich besonders interessiert an den vorgestellten Präsentationen zum Sinn und Zweck der Planung, zum Grundsatzbeschluss über den Nahverkehrsplan 2019 bis 2029 und zum Thema Barrierefreiheit von Bussen und Haltestellen.

Weitere Beiräte werden Mitte 2018 und im September 2018 stattfinden.

### [Semesterticket Jena und Übergangstarif MDV/ Verkehrsverbund Mittelthüringen \(VMT\)](#)

Am 29. November fand ein erstes Arbeitsgespräch zwischen Aufgabenträger Burgenlandkreis und der MDV-Tarifabteilung aufgrund des Kreistagsbeschlusses Nr. 187-22/2017 statt. Es wurden verschiedene Lösungswege diskutiert. Zur weiteren Diskussion ist im 1. Quartal 2018 eine Arbeitsberatung mit den betroffenen bahn- und straßenseitigen Verkehrsunternehmen, den Aufgabenträgern SPNV aus Sachsen-Anhalt (NASA GmbH) und Thüringen (NVS GmbH) vorgesehen.

### [Gesundheitsamt Personalnot](#)

Im Gesundheitsamt des Burgenlandkreises beendeten im Jahr 2017 zwei ärztliche Kolleginnen ihre Tätigkeit. Die Stelle im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst konnte mittlerweile wiederbesetzt werden. Die Stelle einer Ärztin/eines Arztes im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes, über deren Besetzung Sie ebenfalls entschieden hatten, ist leider weiterhin offen, weil die Bewerberin die Stelle dann doch nicht angetreten hat. Auch die seit Jahren unbesetzte Planstelle eines dritten Kinder- und Jugendarztes, konnte trotz wiederholter Ausschreibungen noch nicht besetzt werden. Wir bemühen uns weiterhin, das vorgesehene Personal hier auch vorzuhalten.

Auch dies berührt die Qualität frühkindlicher Bildung.

### [Netzwerk gegen multiresistente Erreger](#)

Trotz der engen personellen Situation ist es gelungen, das am 10.1.2017 gegründete das Netzwerk zur Verhinderung multiresistenter Erreger im Burgenlandkreis mit Leben zu erfüllen. Die Teilnehmer des Netzwerkes (Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Altenpflegeheime, ambulante Pflegedienste, Arztpraxen) treffen sich regelmäßig (insgesamt 8 Treffen im Jahr), um Strategien zu entwickeln, die Übertragung der multiresistenten Erreger zu verhindern. Gerade bei Menschen mit Vorerkrankungen kann es bei einer Infektion mit einem multiresistenten Erreger zu schweren Komplikationen kommen.



Die gesetzliche Grundlage dafür ist § 23 Abs. 1 IfSG. Darin verpflichten sich die medizinischen Einrichtungen, Erreger mit besonderen Resistenzen und Mehrfachresistenzen aufzuzeichnen, zu bewerten und auf Verlangen die Daten dem Gesundheitsamt vorzulegen. Das Gesundheitsamt des Burgenlandkreises leitet und moderiert die Treffen, wie von der Konferenz der Gesundheitsminister der Länder empfohlen.

## **Hauptamt**

### **W-LAN im Kreistagssaal und den Beratungsräumen**

Wie Sie auch den Sitzungsunterlagen entnehmen konnten, stellt der Burgenlandkreis in den Sitzungs- und Beratungsräumen am Standort in Naumburg ab sofort ein öffentliches WLAN-Netz zur Verfügung. Auch dies ist ein Baustein der Digitalisierung der Verwaltung und ermöglicht Ihnen, auch noch während der Sitzung digitale Unterlagen zu konsultieren.

## **Amt für Bildung, Kultur und Sport**

### **Organisationsuntersuchung der Volkshochschule (VHS)**

Seit September läuft in der VHS eine Organisationsuntersuchung, die von der SIKOSA, unserem kommunalen Studieninstitut, durchgeführt wird. Nach Arbeitsplatzhebungen und ersten Workshops wurden als Themenfelder, die zu vertiefen sind, die Bereiche Struktur und das Marketingkonzept der VHS identifiziert. Im Laufe des ersten Halbjahres rechnen wir mit dem Ergebnis der Untersuchung.

Mein Ziel ist es hier, unter Einbindung aller Mitarbeiter des VHS die Strukturen so zu verändern, dass wir ohne zusätzliches Personal

- je Fachbereich einen Verantwortungsträger haben, der für alle Standorte zuständig ist,
- verwaltende Aufgaben und pädagogische Kompetenzen stärker abgrenzen,
- das Marketing des VHS so verstärken, dass wir neue Personengruppen als Nutzer erschließen,
- besser Projekte nutzen und abarbeiten können, die uns finanzielle und inhaltliche Vorteile bringen,
- vor allem aber die Angebote der VHS dem digitalen Zeitalter anpassen und die sog. erweiterten Lernwelten bei uns etablieren.

Aus meiner Sicht muss die Präsenz der VHS in der Fläche größer werden und darf sich nicht auf die drei Mittelzentren beschränken. Das kann durch Kursangebote an unseren Schulen erfolgen – wie in Hohenmölsen z. B. umgesetzt – oder/und durch digitale Lernangebote, die jeder auch von zu Hause nutzen kann.

### Projekte „Schulerfolg Sichern“ und „Netzwerkstelle gegen Schulversagen“

In 31 Schulen im Burgenlandkreis (Sekundarschulen wie auch Grundschulen) wird das Projekt „Schulerfolg sichern“ mit Hilfe verschiedener freier Träger durchgeführt. In diesem Projekt unterstützen Schulsozialarbeiter die Schüler, Eltern und Lehrer mit dem Ziel, die Zahl der Schulabbrüche zu verhindern.

Da diese Projekte auslaufen, sind Verlängerungsanträge gestellt und teilweise auch neue Schulen in die Antragstellung mit aufgenommen. Es bleibt zu hoffen, dass die Projekte fortgeführt werden können, weil sich gezeigt hat, dass die Schulsozialarbeiter im Schulalltag eine wichtige Ergänzungsfunktion erfüllen.

Die Finanzierung der im Amt für Bildung eingerichteten „Netzwerkstelle gegen Schulversagen“ läuft im Sommer 2018 ebenfalls aus. Auch hier ist ein Verlängerungsantrag gestellt worden, um unsere Bildungsoffensive nicht abbrechen zu lassen. Wir rechnen mit einer Verlängerung bis 2020.

Ungeklärt ist die Frage, wie die Schulsozialarbeit nach Auslaufen der Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds ESF fortgeführt werden kann. Hierzu ist zunächst die Frage zu klären, in wessen Aufgabenfeld dies fällt: Handelt es sich um ein Angebot der Schule, also des Landes selbst, oder des örtlichen Trägers der Jugendhilfe, das wären dann die Landkreise und kreisfreien Städte. Der Bildungsminister hat hierzu im September im Landtag erklärt, er sei sich mit Sozialministerin Grimm-Benne einig, dass es sich um Aufgaben der Jugendhilfe handele. Gleichwohl ist er bereit, nach Finanzierungsmöglichkeiten des Landes zu suchen. Städte- und Gemeindebund und Landkreistag Sachsen-Anhalt haben die Aufgabenverortung im SGB VIII abgelehnt. Aus meiner Sicht ist die Wahrnehmung der Aufgabe sehr wichtig. Entscheidend sollte daher sein, dass das Land eine Finanzierungsmöglichkeit findet.

### Digitalisierung der Schulen

Wie vom Kreistag beschlossen, wurden die Förderanträge gestellt und für 15 Schulen tatsächlich bewilligt.

Nun ist das Landratsamt vor die Aufgabe gestellt, die Fördergelder innerhalb von 12 Monaten zu verwenden. Dies ist angesichts der rechtlichen Vorschriften hinsichtlich Vergaben usw. eine anspruchsvolle Koordinierungsaufgabe, der sich das Dezernat 1 unter Leitung von Frau Renner stellt.

Trotz dieser Herausforderungen werden zum Jahresende die verbleibenden Schulen in Trägerschaft des Burgenlandkreises erneut zur Vorprüfung für die nächste Förderrunde eingereicht werden.

## **Bauamt**

### **Um- und Ausbau Jobcenter Weißenfels**

Die Endfassung der Grabungsvereinbarung für die archäologischen Begleituntersuchungen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie liegt nunmehr vor. Ich werde daher, wie im Kreisausschuss abgestimmt, diese unverzüglich unterzeichnen und den Vertragsschluss im nächsten Kreisausschuss nachträglich genehmigen lassen, damit wir nicht weiter in Zeitverzug geraten. Dann können die Untersuchungen wie geplant im 1. Quartal 2018 beginnen.

### **Liegenschaftsangelegenheit Bad Bibra**

Durch den Burgenlandkreis wurde aufgrund eines Kreisausschussbeschlusses das Grundstück Steinbacher Straße 2c in Bad Bibra von der Stadt Bad Bibra erworben, um unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) unterzubringen. Zur Betreuung der Einrichtung wurde mit der Diakonie Naumburg-Zeitz gGmbH ein Pachtvertrag geschlossen. Mit Beschluss 156-19/2017 KT wurde durch den Kreistag der Umwandlung des Pachtvertrages in einen Erbbaurechtsvertrag zugestimmt.

Da der Bedarf an UMA-Plätzen aufgrund der sinkenden UMA-Anzahl sehr rückläufig ist, wird das Gebäude zur Unterbringung von UMA in Bad Bibra nicht mehr benötigt und daher auch nicht mehr hierfür umgebaut. Das Objekt im Bad Bibraer Ortsteil Thalwinkel, in welchem derzeit 10 UMA leben, ist zur Unterbringung ausreichend und kostengünstig. Die Diakonie sieht daher von der Betreuung des Objektes in Steinbacher Straße 2c in Bad Bibra ab. Der bestehende Verpflichtungsvertrag zwischen Burgenlandkreis und Diakonie muss folglich notariell aufgehoben werden, ebenso der bestehende Pachtvertrag. Dies werden wir einer der nächsten Sitzungen in den Kreistag einbringen. Das Gebäude in Bad Bibra, das sich unmittelbar auf dem Schulgelände der Sekundarschule befindet, steht uns damit für mögliche weitere Platzbedarfe im Zusammenhang mit unserem Förderschulkonzept zur Verfügung.

### **Förderschulkonzept und Änderung des Schulgesetzes**

Das Förderschulkonzept des Burgenlandkreises findet guten Zuspruch. Nachdem die anderen Landkreise in Sachsen-Anhalt ihre Zustimmung hierzu gegeben haben, bin ich derzeit dabei, das Konzept in den drei Regierungsfractionen vorzustellen. Die erste Runde fand am vorigen Dienstag bei der CDU statt. Morgen bin ich bei der SPD-Landtagsfraktion. Auch mit Bündnis 90/Die Grünen wurde ein Termin bereits vereinbart.

Zwischenzeitlich fand bei Bildungsminister Tullner eine Gesprächsrunde mit den Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes sowie des Landkreistages statt, an dem ich auch teilgenommen habe. In dem Gespräch hat der Minister seine Vorstellungen eines Förderschulkonzeptes vorgelegt. Dieses ähnelt unseren Vorstellungen sehr. Vor allem wird darin die Möglichkeit eingeräumt, die auch an Sekundarschulen Förderzweige durchgehend einzurichten, um weite Wege zur nächsten Förderschule zu vermeiden. Im

Moment ist das Ministerium jedoch noch nicht bereit, die Mindestschülerzahl der Förderschulen L von derzeit 90 fallen zu lassen oder wenigstens abzusenken. Geplant ist, dass die derzeit vorliegende Schulgesetznovelle noch aus dem Landtag heraus um die Förderschulproblematik erweitert wird und im Frühjahr 2018 zum Abschluss gebracht wird.

## Umweltamt

### Planfeststellung für Mineralstoffdeponie in Profen-Nord

Zur Situation auf dem Gelände der ehemaligen Abfallentsorgungsanlage SVG in Naundorf habe ich zuletzt im Kreistag am 14.08.2017 berichtet und mitgeteilt, dass wir für die Beräumung von Abfällen eine weitere Ausschreibung durchführen müssen.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungswerte der vergangenen Ersatzvornahmen aus den Jahren 2014/2015 und 2016/2017 wurde zu Beginn dieser Ausschreibung eine grobe Kostenschätzung vorgenommen, die bei 150.000 bis 200.000 Euro lag.

Im Ergebnis der am 28.11.2017 erfolgten Submission liegen dem Burgenlandkreis vier Angebote von Entsorgungsfirmen vor, die aktuell durch die zentrale Vergabestelle und das Umweltamt geprüft werden. Erst danach kann eine Aussage zu den tatsächlichen Kosten erfolgen.

Die Vergabeempfehlung soll bis zum 18.12.2017 erarbeitet werden, über die im Vergabeausschuss am 31.01.2017 zu entscheiden sein wird.

Hinsichtlich der im Bereich der ehemaligen Betriebseinheit 3 lagernden, bewachsenen und oberflächlich mit Altholz/Baumstubben abgedeckten verdichteten Abfälle (zirka 6.300 Tonnen) sind wie berichtet die Erkundungsbohrungen durchgeführt worden.

Der Abschlussbericht der hiermit beauftragten Fa. TERRA MONTAN wurde dem Umweltamt am 08.11.2017 vorgelegt. Die Bohrungen ergaben folgende Ergebnisse:

Die aufgeschlossenen Materialien zeigten sich als ein Siedlungsabfallgemisch mit den typischen Bestandteilen Kunststoff, Textilien, Holz u.ä., die mit großer Wahrscheinlichkeit einer mechanischen Zerkleinerung (Schreddern, Häckseln) unterzogen wurden.

Es wird angenommen, dass sich die beschriebenen Abfälle über das gesamte Haufwerk erstrecken. An den Böschungen entlang des Haufwerkes wurden ebenfalls die in den Bohrungen festgestellten Materialien registriert.

Eindeutig als Boden charakterisierbare Materialien wurden nicht angetroffen.

In der Gesamtschau ist somit davon auszugehen, dass in erheblichen Größenordnungen noch zerkleinerte und verdichtete Kunststoffabfälle unter einer verrotteten Altholzschicht lagern.

Die angefallenen Kosten der bisher durchgeführten Ersatzvornahmen hat der Burgenlandkreis mit zwei Festsetzungsbescheiden gegenüber dem Insolvenzverwalter geltend gemacht. In beiden Verfahren hat der Insolvenzverwalter erklärt, dass die Forderungen in das Masseverzeichnis aufgenommen wurden. Allerdings, und dies ist hier ausdrücklich

anzumerken, wird es sich dabei ausschließlich um eine (niedrige) quotal Befriedigung der Forderungen handeln.

### Gewährung von Hilfen für von Unwetterereignissen im Mai und Juni 2017 geschädigte Privathaushalte

Auch hierüber habe ich bereits im letzten Kreistagsbericht Ausführungen gemacht. Die Zahl der Anträge ist inzwischen von 18 auf 34 gestiegen. Die Zahl der noch offenen Anträge beträgt 11. Zwei Anträge wurden wieder zurückgezogen. Insgesamt wurden 21.500 Euro ausgezahlt und uns vom Land erstattet.

### Weihnachtsgrüße und Neujahrsempfang

Sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,

gestatten Sie mir abschließend, dass ich mich bei Ihnen für die gemeinsame Arbeit im Jahr 2017 herzlich bedanke. Wir hatten einige dicke Bretter zu bohren, wenn ich nur an die kurzfristige Erstellung der Konzepte zur Digitalisierung der Schulen, an die Verwendung der Mittel aus den sog. Lützen-Millionen und die Diskussionen um den heute vorgelegten Kreishaushalt denke.

Dabei bin ich stolz und dankbar zugleich, dass Sie immer wieder bewiesen haben, die Interessen des Landkreises vor die Interessen einer Partei und auch vor die lokalen Interessen einer einzelnen Gemeinde gestellt zu haben. Ich glaube, diese Kompromissbereitschaft zeichnet uns im Burgenlandkreis aus. Und dafür kann ich nicht dankbar genug sein.

Ich möchte aber die Gelegenheit auch nutzen, um mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Landratsamt, in unseren Eigenbetrieben Jobcenter und Kreisstraßenmeisterei sowie bei den kreislichen Beteiligungen und Unternehmungen zu bedanken. Bitte leiten Sie diesen Dank, sehr geehrte Geschäftsführer und Betriebsleiter, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, egal ob Busfahrer, Chefarzt, Müllfahrer, Ingenieur oder Verwaltungskraft.

Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Ich würde mich freuen, wenn der eine oder andere von Ihnen den Neujahrsempfang des Burgenlandkreises nutzen würde, um neue Kontakte zu knüpfen.

Am 12.1.2018 wird unser Ehrengast Vizekanzler und Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sein. Und dass ein Vizekanzler in den kleinen Burgenlandkreis kommt, ist doch auch Ausdruck der Wertschätzung, die wir – vielleicht auch in der Art und Weise wie wir miteinander umgehen – erfahren.

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

angesichts der bevorstehenden Sondierungs- und ggf. späteren Koalitionsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD ist zu erwarten, dass auch die Zukunft der Braunkohle in Deutschland erneut Thema der Verhandlungen sein wird. Als Landräte von drei Landkreisen, die direkt vom aktiven Braunkohle-Tagebau geprägt sind, dem Burgenlandkreis (Mitteldeutsches Revier), dem Rhein-Erft-Kreis (Rheinisches Revier) und dem Landkreis Spree-Neiße (Lausitzer Revier), sind wir besorgt, welche schwerwiegenden Auswirkungen ein nicht planbarer und nicht substituierter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung für die drei aktiven Reviere und insbesondere unsere Landkreise haben kann.

Natürlich ist das Thema für uns weder neu noch überraschend. Uns ist zudem der ökologische Nutzen des Kohleausstiegs bewusst. Daher werden in allen drei Braunkohlerevieren seit längerer Zeit Überlegungen angestellt, wie wir einen unvermeidlichen Strukturwandel gestalten können. Im Rahmen unserer Kompetenzen und Möglichkeiten arbeiten wir an sozialen, Bildungs- und Wirtschaftsstrukturen, die einen Wegfall der Kohlewirtschaft kompensieren können. Die Hoch- und Fachschulen in unseren Revieren sind wichtige Partner unserer Aktivitäten zum Strukturwandel.

Angesichts der Dimensionen dieser Herausforderung – zehntausende Arbeitsplätze und Betriebsflächen von hunderten Quadratkilometern sind betroffen – ist es kommunalen Gebietskörperschaften aber schlichtweg unmöglich, den drohenden ersatzlosen Wegfall des gesamten Wirtschaftszweiges alleine zu kompensieren. Die hohe Zahl an Industriearbeitsplätzen bietet gerade auch für angehende Fachkräfte und deren Familien einen wichtigen Baustein für ihre Lebens- und Berufsperspektiven.

Wir sind der Bundesregierung dankbar, dass sie mit dem Vorhaben „Unternehmen Revier“ im Bundeswirtschaftsministerium einen ersten Schritt auf uns zugegangen ist. Gleichwohl sind die dort aufgezeigten Möglichkeiten für unsere Reviere überaus bescheiden und bei weitem nicht ausreichend. Den drohenden sozialen Verwerfungen angesichts des massenhaften Wegfalls von Stellen für hochqualifizierte Fachkräfte können die bisherigen Ansätze des Vorhabens jedenfalls nicht gerecht werden.

**Wir möchten Sie daher dringend bitten, einen Braunkohle-Gipfel unter Ihrer Leitung ins Bundeskanzleramt einzuberufen, auf dem die drei Reviere ihre Situation und ihre Vorstellungen erläutern können.**

Wir würden uns freuen, wenn ein Treffen zu einem Zeitpunkt stattfinden könnte, zu dem die Ergebnisse dieses Zusammentreffens noch Auswirkungen auf die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD haben können. Die Beteiligung der betroffenen Bundesländer wäre aus unserer Sicht ebenfalls wünschenswert.

Wir wünschen Ihnen angesichts der schwierigen Regierungsbildung beste Erfolge und eine gesegnete Adventszeit.

Mit freundlichen Grüßen

Götz Ulrich  
Landrat des  
Burgenlandkreises



Michael Kreuzberg  
Landrat des  
Rhein-Erft-Kreises und  
Vorsitzender der  
Gesellschafterversammlung  
Innovationsregion Rheinisches  
Revier



Harald Altekrüger  
Landrat des  
Landkreises Spree-Neiße und  
Stellvertretender Sprecher der  
Wirtschaftsregion Lausitz  
GmbH

